



Landeshauptmann
DR. ERWIN PRÖLL

ST. PÖLTEN, AM 14. Juni 2002
3109 St. Pölten, Landhausplatz 1
TELEFON 02742/9005/12001
TELEFAX 02742/9005/15480

LH-0203/202

Herrn
Präsidenten des NÖ Landtages
Mag. Edmund Freibauer

Landtag von Niederösterreich
Landtagsdirektion

Eing.: 18.06.2002

zu Ltg.-**973/A-4/169-2002**

~~Ausschuss~~

Sehr geehrter Herr Präsident!

Lieber Freund!

Zur Anfrage, Ltg. 973/A-4/169-2002, darf ich auf die Beantwortung der Anfrage Ltg. 972/A-4/168-2002 verweisen. Insbesondere wurden in dieser Anfrage die einzelnen Gesprächstermine mit den Vertretern und Repräsentanten der Tschechischen Republik angeführt. Temelin war bei all diesen Gesprächen Thema.

Das Land NÖ hat am 18.6.2001 eine Stellungnahme zum UVP-Bericht des AKW-Temelin, der im Rahmen der im Melker Prozess vereinbarten Gesamt- Umweltverträglichkeitsprüfung vorgelegt wurde, an das Umweltministerium der Tschechischen Republik gesendet. In dieser Stellungnahme wurde festgestellt, dass eine Evaluierung alternativer Lösungsmöglichkeiten für das AKW Temelin und die Diskussion der Nullvariante, das heißt der Nicht-Inbetriebnahme, vollständig unterblieben ist, und dass daher die UVP-Temelin im Bereich der alternativen Prüfungen nicht konform zu den UVP-Richtlinien der EU ist. Nach dem öffentlichen Hearing am 26.6.2001 in Wien gab das Land NÖ eine ergänzende Stellungnahme ab, in der es darauf hinwies, dass es im Rahmen der öffentlichen Erörterung klar zum Ausdruck gebracht hat, dass die von der Tschechischen Republik vorgelegten Angaben, insbesondere auch hinsichtlich des Kapitels „Variantenanalyse“ und Nullvariante nicht den EU-Richtlinien entsprechen.

Als Reaktion auf die ergänzende Stellungnahme des Landes NÖ teilte der tschechische Außenminister Jan Kavan mit, dass die Tschechische Republik den Weg der Kernenergie für ihre Energieversorgung im Hinblick auf den künftigen Bedarf des souveränen Staates

wählte und dass die tschechische Regierung die Inbetriebnahme des AKW Temelin weiterhin eindeutig unterstützt, selbstverständlich unter der Bedingung, dass das AKW die aktuellen, in den EU-Mitgliedstaaten angewandten, Sicherheitskriterien erfüllt.

Das Land Niederösterreich wird weiterhin, wie auch in der Landeshauptleute-Konferenz beschlossen wurde, die Unterlassungs- und Feststellungsklage der Anti-Atom-Plattformen finanziell unterstützen und die rechtlichen Möglichkeiten hinsichtlich des AKW Temelin, die sich sowohl auf bilateraler als auch auf EU-Ebene ergeben können, im Auge behalten. Weiters wird sich das Land NÖ an Projekten der Energiepartnerschaft mit Tschechien beteiligen. Diese Projekte haben das Ziel, in unserem Nachbarland das Bewusstsein für die Nutzung erneuerbarer Energie und die Verringerung des Energieverbrauchs zu heben und damit auch die Sinnhaftigkeit eines wirtschaftlich ohnehin fragwürdigen Kernkraftwerks in Frage zu stellen.

Obwohl Verhandlungen zur Causa Temelin überwiegend in die Bundeszuständigkeit fallen, habe ich bis zum heutigen Tag aber keine Nachricht über Verhandlungen oder Verhandlungsergebnisse der Frau Vizekanzlerin.

Mit besten Grüßen